

ein einheitliches Deutschland sein. Der Parteivorstand der SED hält es darum für notwendig, daß in größerem Maße diejenigen nationalen Kräfte zum öffentlichen Leben herangezogen werden, die bisher an der Arbeit der öffentlichen Organe nicht teilnahmen, aber für die Einheit und den friedlichen Aufbau Deutschlands eintreten.

*IBI wer soll
ausgeschlossen
sein,
auch
können wir
helfen*

Von der Bewegung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland soll keiner ausgeschlossen werden, der bereit ist, für die berechtigten nationalen Interessen des deutschen Volkes einzutreten,

der früheren Beamten, Soldaten, Offiziere und Generale der deutschen Wehrmacht sowie der früheren Nazis. Der Standpunkt jedes Deutschen in dem großen nationalen Befreiungskampf des deutschen Volkes ist der entscheidende Gradmesser und nicht die frühere Organisationszugehörigkeit.

Der Parteivorstand der SED hält es daher für zweckmäßig, die völlige rechtliche Gleichstellung der früheren Mitglieder der Nazi-
partei durchzuführen, mit Ausnahme derjenigen, die eine gerichtliche
Strafe verbüßen. Der Parteivorstand macht darum den deutschen
Staatsorganen den Vorschlag:

*Amnestie
mit Ausnahme
der, die eine
Strafe verbüßen
β
beit ent-
sprechen
ren Beruf,
auf der Polizei
und Justiz*

a) eine allgemeine Amnestie für die ehemaligen Mitglieder der NSDAP durchzuführen mit Ausnahme derjenigen, die eine gerichtliche Strafe verbüßen;

b) den ehemali- Mitgliedern der NSDAP das Recht zu geben, 4 *|^*entsPrec^en^ |^rer beruflichen Eignung in allen Betrieben, Behörden *und Organisationen zu arbeiten, mit Ausnahme der Verwaltung des Innern, der Polizei und Justiz.

*A#
OW**** mit
ien ehem *
angehörigen*

Des weiteren hält es der Parteivorstand für geboten, die ehemaligen Angehörigen der deutschen Wehrmacht, darunter Offiziere und Generale, mit Ausnahme derjenigen, die eine gerichtliche Strafe verbüßen, in ihren bürgerlichen Rechten mit den übrigen Bürgern gleichzustellen und ihnen das Recht zu geben, in ihren Zivilberufen * tätig zu sein, mit Ausnahme der Verwaltung des Innern, der Polizei und Justiz.

*IM Wehrmacht
ch. 01 a #
des wir möglich
da unsere
cujk^ Ordnung
gefestigt ist.*

Diese Maßnahmen sind jetzt möglich und notwendig in Anbetracht der in vier Jahren vorgenommenen Veränderungen und der Fest-

haltung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Zone. Die Beibehaltung der früheren Beschränkungen schadet gegenwärtig den Interessen des Volkes, da sie die Heranziehung eines bedeutenden Teiles der Bevölkerung in den allgemeinen nationalen Kampf erschwert und die Staatsorgane wie die Öffentlichkeit auf die Aufgaben